



GUY MARTIN / PANOS

FOTO-TABLEAU

Winterbräute in Ribnowo 2/5

Die Geschichte der bulgarischen Pomaken war ein langes Ringen um die eigene Identität. Einmal wurden ihre muslimische Religion und ihr Minderheitenstatus anerkannt, dann wieder kamen Zeiten von Repression und Anpassungsdruck. Ein besonderer – und leider im Verschwinden begriffener – Ausdruck pomakischer Kultur sind Hochzeitsfeiern, wie sie der Fotograf Guy Martin in dieser Bildserie dokumentiert hat. Zum Brauch gehört auch der Aufbau eines temporären «Hauses» für Braut und Bräutigam direkt neben dem Heim der Braut. Möglichst üppig soll das ephemere Gebilde aus Stangen, Stoffen und Teppichen wirken, das auch mit Möbeln ausgestattet wird: So zeigt die Brautfamilie ihren Wohlstand und ihr Prestige. Viele Familien beginnen schon bei der Geburt eines Mädchens für diese Ausstattung zu sparen.

Arbeitsmarkt

Beschäftigung dank neuer Bürokratie

Gastkommentar
von MATHIAS BINSWANGER

In der «NZZ am Sonntag» wurde Ende August unter dem Titel «Wiedergeburt des Industriestandortes Schweiz» berichtet, wie Digitalisierung und Automatisierung die Schweiz als Industriestandort wieder attraktiv machen. Dadurch nehme auch die Beschäftigung in der Industrie wieder zu, etwa bei der Herstellung pharmazeutischer Produkte. Doch diese Zunahme in der Pharmabranche ist eine Ausnahme. Den rund 8000 Arbeitsplätzen, die dort von 2008 bis 2016 geschaffen wurden (sämtliche Angaben zu Beschäftigten in diesem Artikel sind in Vollzeitäquivalente umgerechnet), steht ein Rückgang von 38 000 Arbeitsplätzen in der gesamten verarbeitenden Industrie gegenüber. Menschen, die tatsächlich noch in der Produktion arbeiten, erhalten zunehmend Seltenheitswert. Die Schweiz ist zwar als Industriestandort weiterhin erfolgreich, aber die Beschäftigung geht dort immer mehr zurück.

Betrachten wir hingegen die Beschäftigungsentwicklung in der gesamten Wirtschaft, dann stellen wir etwas ganz anderes fest. Seit dem Jahr 2006 ist die Zahl der Beschäftigten um rund 500 000 angestiegen, und noch nie haben so viele Menschen in der Schweiz gearbeitet. Woher kommt also dieses Beschäftigungswunder? Schon ein kurzer Blick in die Statistik genügt, um festzustellen, dass diese Zunahme zu einem grossen Teil dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Bildungswesen sowie weiteren staatsnahen Dienstleistungen zu verdanken ist. Die absolut wichtigste Jobmaschine ist dabei das Gesundheits- und Sozialwesen. Dort erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 2008 bis 2016 um mehr als 100 000; diese Branche ist mittlerweile der grösste Arbeitgeber der Schweiz. Doch auch im Bereich Erziehung und Unterricht entstanden von 2008 bis 2016 beachtliche 60 000 Stellen.

Aus diesen Zahlen geht klar hervor: Wertschöpfung und Beschäftigung haben sich in den letzten Jahren immer mehr entkoppelt. Diejenigen Branchen, die für das BIP-Wachstum sorgen, sind nicht diejenigen, die auch Arbeitsplätze schaffen. Da wir in der Schweiz aber zum Glück beides haben, gelingt es uns, Wirtschaftswachstum mit geringen Arbeitslosenquoten zu kombinieren.

Allerdings bleibt die Frage bestehen, wie denn das hohe Beschäftigungswachstum etwa im Gesundheits- und Sozialwesen tatsächlich zustande kommt. Zunächst würde man vermuten, dass dies v. a. an der steigenden Zahl von Ärzten und von im Pflegebereich tätigen Menschen liegt. Tatsäch-

lich ist die Zahl der Ärzte in den letzten Jahrzehnten stets angestiegen; von 2008 auf 2016 hat sich die Zahl von 26 700 auf rund 30 000 erhöht. Damit haben wir aber erst einen verschwindend kleinen Teil der Zunahme um 100 000 Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen erfasst. Ein wesentlich grösserer Teil betrifft das Pflegepersonal.

Konzentrieren wir uns einmal auf die Krankenhäuser, wo rund 30 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen tätig sind und detaillierte Statistiken von 2010 bis 2014 vorliegen. Im Jahr 2010 waren dort rund 19 000 Ärzte beschäftigt, während in der Pflege 59 000 Menschen tätig waren. Im Jahr 2014 arbeiteten in Krankenhäusern 21 000 Ärzte und 64 500 Menschen in der Pflege. Das heisst, innerhalb von nur vier Jahren hat sowohl die Zahl der Ärzte als auch das Pflegepersonal um rund 10 Prozent zugenommen.

Ein wesentlicher Anteil der in einem Krankenhaus Beschäftigten hat aber direkt mit den Patienten gar nichts zu tun. Dies betrifft die Bereiche Administration, Hausdienst und Technische Dienste, wo sich die Beschäftigung von 41 000 im Jahr 2010 auf 45 000 im Jahr 2014 und somit auch um rund 10 Prozent erhöht hat. Die Beschäftigung steigt nicht nur, weil immer mehr oder bessere Gesundheitsdienstleistungen angeboten werden. Ein grosser Teil hängt mit steigender Bürokratie und Bewältigung immer grösserer administrativer Komplexität zusammen wie etwa mit der Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2012. Davon betroffen sind aber nicht nur die tatsächlich mit administrativen Aufgaben betrauten Angestellten, sondern zunehmend auch Ärzte und Pflegepersonal selbst. Diese müssen einen stets grösseren Teil ihrer Arbeitszeit für Tätigkeiten wie Planung, Datenerfassung, Rapportierung, Dokumentation, Codierung oder Qualitätssicherung aufwenden. Entstanden ist so eine neue Controlling-Bürokratie, welche die klassische Verwaltungsbürokratie abgelöst hat.

Vor allem in den USA ist dieser Anstieg der Bürokratie im Gesundheitswesen gut dokumentiert und mit ein wesentlicher Grund für die dort hohen Gesundheitsausgaben. Das ist einerseits ein Ärgernis, aber andererseits verdanken wir der wuchernden Bürokratie im Gesundheitswesen und ganz ähnlich auch im Bildungswesen eine weiterhin hohe Beschäftigung. Wäre dies nicht der Fall, dann würden Digitalisierung und Automatisierung erhebliche Arbeitslosigkeit verursachen.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Dozent an der Universität St. Gallen.

Blockchain

Eine Chance für den Finanzplatz

Gastkommentar
von LUZIUS MEISSER

Ein kleiner Schritt des Gesetzgebers könnte dem Finanzplatz einen grossen Schritt vorwärts erlauben. Gemessen an der Marktkapitalisierung liegen unsere Grossbanken zurzeit am Boden, zermürbt von Jahren der Krise und rechtlicher Quereelen. Die Situation in Gesamteuropa sieht nicht besser aus. So sah sich die Deutsche Bank unlängst veranlasst, auf ihre Solvenz hinzuweisen, und es wird auch wieder laut über milliardenschwere Rettungspakete nachgedacht. In diesem unsicheren Umfeld bietet die vielbeschworene Blockchain-Technologie die Chance, ein neues, dezentral organisiertes und damit robusteres Finanzsystem aufzubauen.

Die weltweit bekannteste Anwendung der Blockchain-Technologie ist die Internetwährung Bitcoin. Auf Rang zwei folgt das jüngere und technisch überlegene Ethereum, das in Zug entwickelt wird. Zug ist es gelungen, zu einem Kristallisationskeim der Szene zu werden. Das Erfolgsgeheimnis ist einfach: Blockchain-Startups werden mit offenen Armen empfangen und rechtlich-steuerliche Fragen rasch und unkompliziert beantwortet, während andernorts die Behörden behäbiger agieren.

Dass manchmal kleine regulatorische Unterschiede über die Zukunft einer ganzen Region entscheiden können, zeigt das Beispiel Hollywood. Gemäss Harvardprofessor Lawrence Lessig ist Hollywood heute deshalb in Hollywood und nicht etwa an der Ostküste der USA beheimatet, weil das kalifornische Bezirksgericht die Filmpatente von Thomas Edison weniger eifrig durchsetzte und sich so die Studios der Westküste freier entfalten konnten. Wie vor hundert Jahren der Film, befindet sich heute die Blockchain in ihrer Pionierphase. Zunächst ist eine Blockchain ein dezentrales Eigentumsverzeichnis, in dem Transaktionen ohne Intermediär direkt zwischen den Vertragsparteien abgewickelt werden können, weshalb Bitcoin als elektronisches Bargeld gilt. Die Technologie kann aber auch dazu verwendet werden, beliebige andere Guthaben und Wertschriften digital abzubilden, um diese weltweit unabhängig vom bestehenden Finanzsystem handelbar zu machen.

Einen Schritt weiter gehen selbstausführende Verträge, zum Beispiel der Smart Bond aus dem Blockchain-Labor der UBS. Noch kühner ist die Vision von digitalen autonomen Organisationen. Dabei werden Statuten maschinenverständlich formuliert, weshalb sie innerhalb ihres Systems

automatisch durchgesetzt werden können. Die erste solche Organisation wurde diesen Frühling mit umgerechnet 150 Millionen Franken Kapital im Ethereum-System lanciert. Kurz darauf gelang es einem Hacker unter Ausnutzung eines Programmierfehlers, in den Statuten ein Drittel des Kapitals auf ein eigenes Konto abzuzweigen, bevor ihm das meiste davon auf abenteuerliche Weise wieder abgenommen werden konnte. Der vernünftigeren Ansatz wäre wohl der Verzicht auf die vollständige Automatisierung und die Schaffung von Schnittstellen für Schiedsstellen, die im Ernstfall schlichtend eingreifen könnten. So oder so entsteht die Nachfrage nach Spezialisten in Finanzen, Recht und Informatik sowie nach neutralen und stabilen Standorten, die eine Verknüpfung von Einträgen in einer Blockchain mit der übrigen Realität rechtswirksam zulassen.

Die Schweiz ist dank Neutralität und Stabilität gut positioniert, um ein solcher Standort zu werden. Zudem sind unsere Gesetze allgemein formuliert, was den zuständigen Behörden erlaubt, diese mit Augenmass auf neue Gegebenheiten anzuwenden. Zum Beispiel hat die Eidgenössische Steuerverwaltung früh Bitcoin als Zahlungsmittel im Sinn des Mehrwertsteuergesetzes anerkannt, während die Steuerbehörden anderer europäischer Länder erst durch den Europäischen Gerichtshof an diese Einsicht herangeführt werden mussten. Eine Hürde besteht aber noch darin, dass das Schweizer Gesetz die Schriftform bei der Übertragung von Forderungen und Wertrechten vorschreibt.

Im papiernen Alltag ist dies durchaus im Interesse der involvierten Parteien, doch in einer digitalisierten Welt mit digitalen Währungen und Wertschriften ist dies wenig zielführend, zumal ein Eintrag in einer etablierten Blockchain über eine der manuellen Unterschrift ebenbürtige Beweiskraft verfügt.

Im Einzelfall können sich Vertragsparteien zwar dem Erfordernis der Schriftform durch Wahl eines fremden Rechts entziehen, einfacher und sicherer wäre es aber, ganz auf dieses Erfordernis zu verzichten oder alternativ die einfache elektronische Unterschrift zuzulassen, wie es bei Blockchain-Transaktionen üblich ist. Gelingt es, diese und allfällige weitere Hürden rasch und unkompliziert abzubauen, erhöhen sich die Chancen der Schweiz, zum weltweit bevorzugten Standort eines jungen und vielversprechenden Sektors zu werden.

Luzius Meisser ist Vorstandsmitglied der Bitcoin Association Switzerland und Gründer von Meisser Economics.